

ligen würden. Dort sollen die Schwerpunkte des Kongresses festgesetzt und weitere Einzelheiten der Durchführung besprochen werden. Bisher haben wir uns darauf geeinigt, daß der Kongreß als eine Art Teach-in durchgeführt werden soll: Wir stellen uns vor, daß sich jeweils an eine Podiumsdiskussion eine Debatte im Plenum anschließt. Die Podien, die von Diskussionsrunde zu Diskussionsrunde anders zusammengesetzt sind, haben dabei die Aufgabe, die vorangegangene Diskussion zusammenzufassen und weiterzuführen. Grundlage für die Vorbereitung des Kongresses in den Städten und in einzelnen Gruppen soll ein Kongreßreader werden: in ihm sollen Texte, die den »Entwurf für ein Grundlagendokument für die radikale Linke« (Siehe KONKRET, AK, SOZ) weiterführen, in Details oder im Ganzen kritisieren sowie Texte, die sich unabhängig davon mit Perspektiven der radikalen Linken auseinandersetzen, abgedruckt sein. Texte für diesen Reader können bis zum 31. 12. 1989 an Jan Kuhnert geschickt werden.

Klaus Croissant, Berlin; Stefan Krauss, Oberried; Dorothee Piermont, Bonn, Brüssel; Alain Piermont, Bonn; Gabriele Buck, Tübingen; Regula Bott, Hamburg; Ralf Fischer, Marburg; Rudolf Boch, Bielefeld; Thomas Ebermann, Hamburg; Tay Eich, Hamburg, Bonn; Die Waage, Magazin für Lippe, Detmold; Grit Mossmann, Freiburg; Alexander Merseburger, Dortmund; Georg-Weerth-Gesellschaft e.V., Detmold; Achim Bender, Mörfelden; Klaus Wardenbach, Bonn; Eberhard Dähne, Frankfurt; Georg Fülberth, Marburg; Christine Schreiber, Recklinghausen; Reinhard Hamel, Gießen; Rainer Trampert, Hamburg; Oliver Tolmein, Hamburg; Jens Scheer, Bremen; Kommunistischer Bund; Demokratische Sozialisten (DS); Silke Struckmeyer, Westertimke; Ulrich Briefs, Bonn; Arbeitskreis Ökosozialisten Heilbronn; Heiner Möller, Hamburg; Arbeitskreis Ökosozialismus Tübingen; Zentral-Amerika-Komitee Tübingen; Ernst-Bloch-Initiative Tübingen; Tübinger Propheten e.V.; Manfred Picker, Hamburg; Joachim Woretka, Hamburg; Lutz Schulenburg, Hamburg; Klaus Voß, Hamburg; Thomas Deuber, Hamburg; Bernd Ulrich Jung, Tübingen; Susanne Haas, Tübingen; Detlef zum Winkel, Frankfurt; Theresia Degener, Frankfurt; Vereinigte Sozialistische Partei; Marianne v. Ilten, Hamburg; Ellen Olms, Berlin; Uli Tost, Bonn.

Radikale Linke

Erklärung zum Hungerstreik

Christa Eckes und Karlheinz Dellwo haben ihren Hungerstreik unterbrochen. Ihre Entscheidung gibt Zeit, Initiativen zur Durchsetzung der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen in eine oder zwei Gruppen zu ergreifen und weiterzuführen. Viel Zeit gibt sie nicht: Der Hungerstreik von Gabriele Rollnik und Rolf Heißler geht in die achte Woche.

In Erwägung, daß die Haftbedingungen in den Hochsicherheitstrakten, die Isolation in Einzelhaft oder Kleinstgruppen und insbesondere die staatliche Politik, die nur für den Fall einer Bekehrung der Gefangenen eine Aufhebung unerträglicher Haftbedingungen in Aussicht stellt, Folter sind, fordern wir die sofortige und bedingungslose Zusammenlegung der Gefangenen. Die Abschaffung von Folter darf nie und nirgends vom Verhalten oder von der Gesinnung der ihr Unterworfenen abhängig gemacht werden. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen, also der Herstellung überlebbarer Haftbedingungen, mit Forderungen an das Verhalten oder das Denken der Gefangenen zu verquicken. Wir halten das Bild, wonach die mit Einsatz ihres Lebens um erträgliche Haftbedingungen Kämpfenden und die staatlichen Autoritäten, die an Folter festhalten wollen, »zwei Gespensterzüge« seien, die »aufeinander zurasen« (A. Vollmer vor dem Bundestag), für eine schändliche Metapher zur Beschreibung einer Situation, in der ein »Gespensterzug« auf Leute zurast, die auf den Schienen stehend ihn aufzuhalten versuchen.

Die Haltung der CDU/CSU zum Hungerstreik zielt darauf, daß es Tote geben soll; sie hofft, in der darauf folgenden Eskalation Stimmung für rechte Politik machen zu können. Aber auch die SPD, die sich als verständnisvoll darzustellen versucht, hat bisher nichts getan, was ihre Absicht bekunden würde, die menschenrechtswidrige Haftsituation der Gefangenen beenden zu wollen: Die in den sozialdemokratisch regierten Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Westberlin und Nordrhein-Westfalen einsitzenden Gefangenen hätten längst zusammengelegt werden können — ohne daß für diesen ersten kleinen Schritt der Abbruch des Hungerstreiks hätte verlangt werden müssen. Die Partei der Grünen opfert die Einsicht, daß »Isolation unmenschlich und menschenunwürdig« (Vollmer) ist und der Staat einen »humanen Strafvollzug« (Vollmer) zu gewährleisten habe, dem parteipolitischen Interesse, eine »heillose gesellschaftliche Polarisierung« (Vollmer) zu vermeiden und die Gelegenheit zu nutzen, ihre Harmonisierungskonzepte als für die Linke allgemeingültige durchzusetzen.

Wir, radikale Linke aus verschiedenen Organisationen und Zusammenhängen in der BRD, sind an der Diskussion mit den Gefangenen interessiert, die diese in ihrer Erklärung zum Hungerstreik und in anderen Erklärungen vorgeschlagen haben. Wir rufen alle, die unsere Ansicht teilen, auf zur Demonstration für die Zusammenlegung am 29. April in Bonn. Wir werden uns diese Demonstration nicht verbieten lassen.

Diese Erklärung wurde beschlossen auf einem Treffen der radikalen Linken am 15./16. April 1989 in Hamburg.

Thomas Ebermann (Grüne), Regula Bott (GAL, Hamburg) Manfred Zieran (RadikalökologInnen Frankfurt/Grüne), Karl Heinz Roth, Alain Piermont (Grüne), Dorothee Piermont (Grüne), Georg Fülberth (DKP), Ellen Olms (AL Westberlin), Thomas Neumann, Horst-Dieter Koch (VSP), Rainer Trampert (Grüne), Oliver Tolmein (KONKRET/CLOCKWORK 129a), Jan Kuhnert (Linke in den Grünen, Hessen), Detlef zum Winkel (Redaktion ARBEITERKAMPF), Linke Liste Frankfurt, Jutta Ditfurth (RadikalökologInnen Frankfurt/Grüne), Christian Schmidt (GAL, Hamburg), Hermann L. Gremliza (KONKRET), Manon Tuckfeld (RadikalökologInnen Frankfurt/Grüne), Heiner Möller (Redaktion ARBEITERKAMPF), Rote Hilfe Westberlin, PROjekt Wochenzeitung, Günter Kreikenbaum (Redaktion DIE WAGE), Heinz Willemsen (Grüne), Armin Bellendorf (Anti-AKW-Bewegung), ATOM-Redaktion, Heike Bettermann, Autonome KommunistInnen Westberlin, Thomas Boelke (El Salvador Komitee, München)

Radikale Linke

Brief an die politischen Gefangenen

Dieses Wochenende (1./2. Juli) hat sich das zweite Mal unser Kreis radikaler Linker getroffen, um die vor einigen Wochen in Hamburg begonnene Diskussion über die Grundlagen einer linken Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung fortzuführen. Auf diesem Treffen haben wir erfahren, daß Ihr ein Interesse daran habt, Euch an dieser Debatte zu beteiligen. Einige von Euch haben auch schon in ihren Erklärungen zum Hungerstreik und in den Erklärungen zum Abbruch das »Projekt der freien politischen Kommunikation mit draußen« (Klar) skizziert. Wir begrüßen das und wollen diese Diskussion über die Möglichkeit und Grundlagen einer Neuentwicklung radikal linker Politik mit Euch führen. Wir wollen diese Diskussion nicht um ihrer selbst willen, sondern weil die Erfahrungen der Leute, die in den bewaffnet kämpfenden Gruppen waren, für den jetzt angestoßenen Prozeß für uns genauso ein Stück Geschichte und Erfahrungen der westdeutschen Linken bedeuten wie die Erfahrungen der Linken, die in den Gewerkschaften aktiv sind, die in die Grünen gegangen sind, um dort radikale Politik zu machen, die kommunistische Organisationen gegründet haben, manchmal sogar darin geblieben sind oder die in sozialen Bewegungen arbeiten. Manche von uns, das hat sich in der zweistündigen Diskussion herausgestellt, haben mit einigen von Euch auch ein Stück konkreter gemeinsamer Geschichte, waren z. B. in derselben Organisation aktiv. Bei allen verschiedenen Entwicklungen und grundsätzlichen Differenzen, die Ursache für die so unterschiedlichen Wege, die seitdem gegangen wurden, sind, ist das gemeinsame Ziel geblieben: eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hier.

Euch und Eure Beiträge als Teil unserer Diskussion zu sehen, heißt auch die Haftbedingungen zu thematisieren, die diese Diskussion zusätzlich schwermachen werden. Während wir hier draußen selbstverständlich in Gruppen und mit FreundInnen über die Papiere und Diskussionsbeiträge reden können, sind von Euch viele noch isoliert, die anderen können sich direkt nur in den Kleingruppen austauschen. Es gibt Briefzensur, Ihr dürft keine Kopien beziehen. Jetzt die Zusammenlegung und langfristig zu erreichen, daß Ihr rauskommt und hier draußen direkt mit uns diskutieren könnt, ist auch ein wichtiges Ziel. Wie wir dem näherkommen können, das sollte ein zusätzlicher Punkt in unserer Auseinandersetzung werden.

Fürs erste ist es wichtig, daß Ihr uns mitteilt, wie Ihr Euch die Teilnahme an unserer Diskussion praktisch vorstellen könnt. Wir schicken